



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

22. Januar 2021

Wochenbericht KW 3

forsa | Kantar | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 35 % bzw. 34 %, SPD bei 15 % Grüne zwischen 21 % und 19 %, AfD bei 10 % bzw. 9 %
Regierungszufriedenheit:	Zwei Drittel bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird vor allem bei bezahlbarem Wohnraum, bei der gerechten Verteilung der Steuerlast und in der Pflege gesehen
Weltpolitische Lage:	52 % machen sich keine Sorgen um den Weltfrieden Krankheiten werden als größte Bedrohung wahrgenommen
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa ¹ für RTL/n-tv	Kantar ² für BamS	infratest dimap ³ für ARD
CDU/CSU	35 (-)	35 (-1)	34 (-1)
SPD	15 (-)	15 (-)	15 (+1)
FDP	7 (+1)	7 (-)	7 (-)
DIE LINKE	8 (-)	8 (-)	6 (-1)
B'90/Grüne	19 (-1)	20 (+2)	21 (-)
AfD	9 (-)	9 (-1)	10 (-)
Sonstige	7 (-)	6 (-)	7 (+1)
Erhebungszeitraum	16.-17.01.	14.-20.01.	18.-20.01.

Die Union liegt bei forsa 20 (-), bei Kantar 20 (-1) und bei infratest dimap 19 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei infratest dimap bei 34 %. Dies ist der niedrigste Wert im ARD-DeutschlandTREND seit April 2020. Die Linkspartei liegt bei 6 % - dies ist der niedrigste Wert seit Mai 2017.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Markus Söder	34 (-1)
Olaf Scholz	16 (-)
Robert Habeck	18 (-)
keinen davon	32 (+1)
Erhebungszeitraum	11.-15.01.

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 18 (-1) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und mit 16 (-1) Prozentpunkten deutlich vor Robert Habeck.

Armin Laschet	25
Olaf Scholz	18
Robert Habeck	18
keinen davon	39
Erhebungszeitraum	16.-17.01.

Armin Laschet liegt bei der Kanzlerpräferenz mit jeweils 7 Prozentpunkten Abstand vor Olaf Scholz und Robert Habeck.

¹ Die Vergleichszahlen beziehen sich auf die Ergebnisse der Sonntagsfrage, die vom 11. bis 15.01.2021 erhoben wurde.

² Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (24.01.2021)

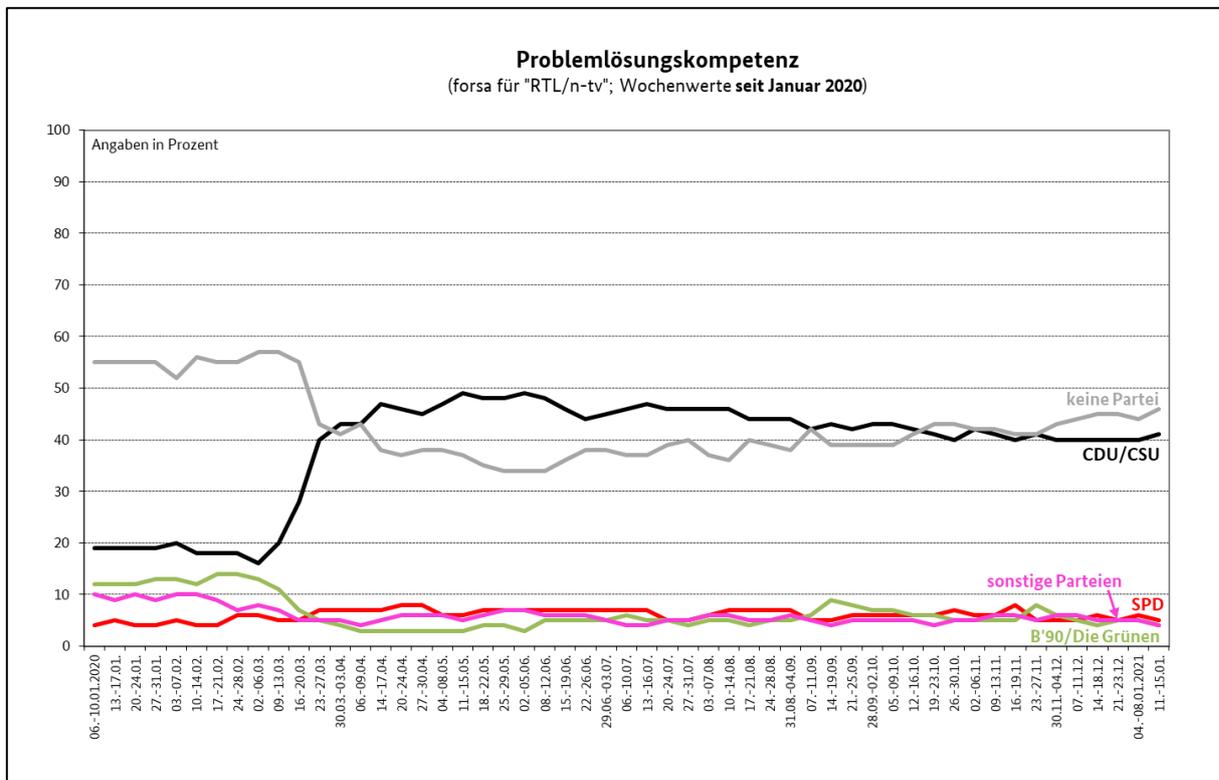
³ im Vergleich zur KW 1

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
CDU/CSU	41 (+1)
SPD	5 (-1)
Grüne	4 (-1)
sonstige Parteien	4 (-1)
keine Partei	46 (+2)
Erhebungszeitraum	11.-15.01.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 36 (+2) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 5 (+1) Prozentpunkten hinter dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



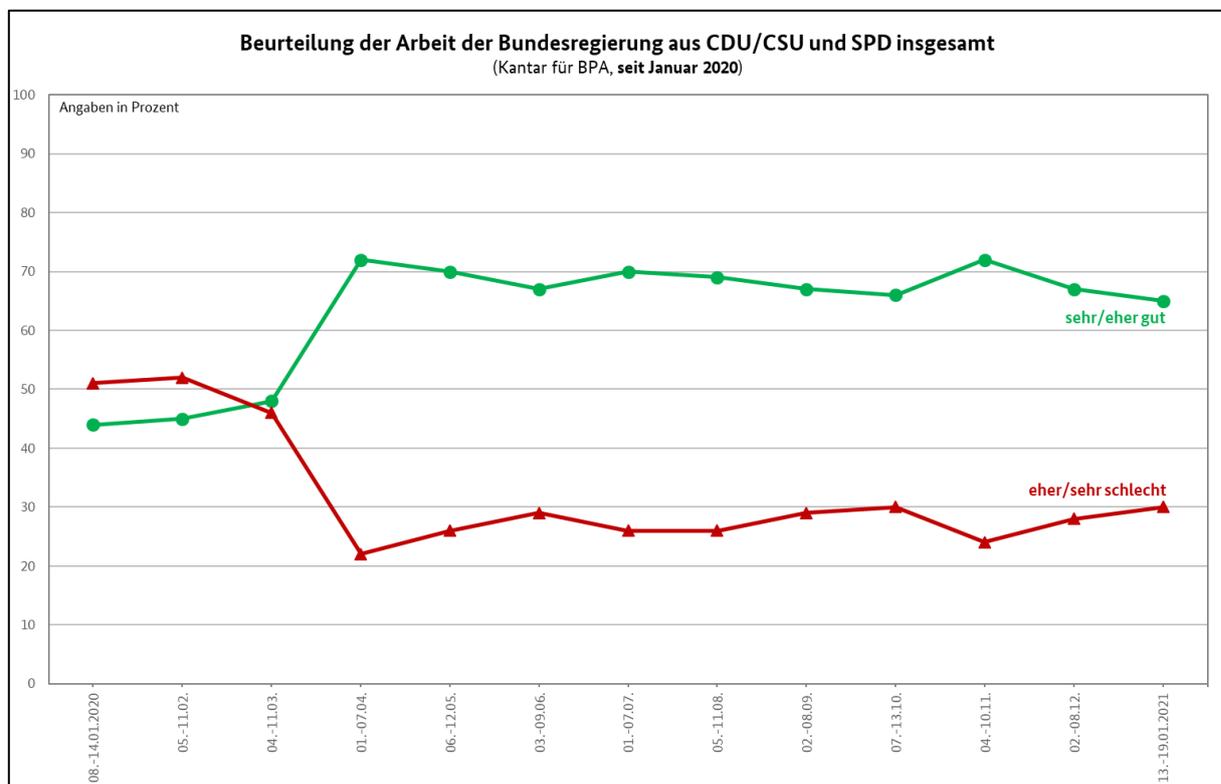
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Januar 2021

Angaben in Prozent, im Vergleich zu Dezember 2020

	Kantar für BPA	
sehr gut	5	(-)
eher gut	60	(-2)
eher schlecht	21	(+1)
sehr schlecht	9	(+1)
Erhebungszeitraum	13.-19.01.	

Über 60-Jährige (71 %) sowie Anhänger der Union (88 %) und der SPD (76 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut. Frauen sind häufiger zufrieden als Männer (73 % zu 57 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (70 % zu 62 %).

Hingegen beurteilen 50- bis 59-Jährige (40 %) sowie Anhänger der AfD (90 %) und der Linkspartei (48 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Januar 2021

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	78 (+4)	21 (-3)	1 (+1)	0 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	67 (-)	28 (-2)	3 (+1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	65 (+4)	32 (-3)	3 (+1)	0 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	61 (-4)	32 (+2)	5 (+1)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+1)	39 (-)	2 (-1)	0 (-1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	58 (+1)	34 (-2)	7 (+2)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	56 (+4)	37 (-3)	5 (-1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	54 (+3)	39 (-2)	6 (+1)	0 (-2)
Steuerlast gerecht verteilen	52 (-3)	40 (+1)	6 (+2)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	48 (+1)	43 (-1)	7 (+1)	1 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	46 (+1)	45 (-4)	8 (+4)	1 (-)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	46 (+5)	39 (-2)	12 (-1)	3 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	41 (+3)	43 (-3)	14 (-)	1 (-1)
neue Technologien fördern	40 (-2)	46 (+1)	11 (+2)	1 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	36 (-1)	45 (+2)	15 (+1)	4 (-)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	35 (-5)	47 (+3)	12 (+3)	5 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	34 (-1)	43 (-2)	15 (+1)	6 (+2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	32 (+1)	54 (+1)	11 (-1)	2 (-)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	30 (+5)	51 (-4)	15 (+2)	2 (-)
Verbraucherschutz stärken	27 (-3)	58 (+6)	13 (-)	1 (-1)
Staatsschulden begrenzen	27 (+1)	51 (-1)	17 (+1)	3 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	22 (-)	56 (+1)	18 (-)	3 (-)
Erhebungszeitraum	13.-19.01.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe und wird von Ostdeutschen (86 %) sowie Anhängern der FDP (90 %) und der Grünen (87 %) besonders oft als sehr wichtig angesehen. Die Aufgabe "Bedingungen der Pflege verbessern" wird von Anhängern der Linkspartei (78 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Frauen finden sie häufiger sehr wichtig als Männer (73 % zu 62 %). Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung finden die Aufgabe "Altersversorgung langfristig sichern" häufiger sehr wichtig als Personen mit hoher formaler Bildung (70 % zu 58 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Januar 2021

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im Dezember 2020

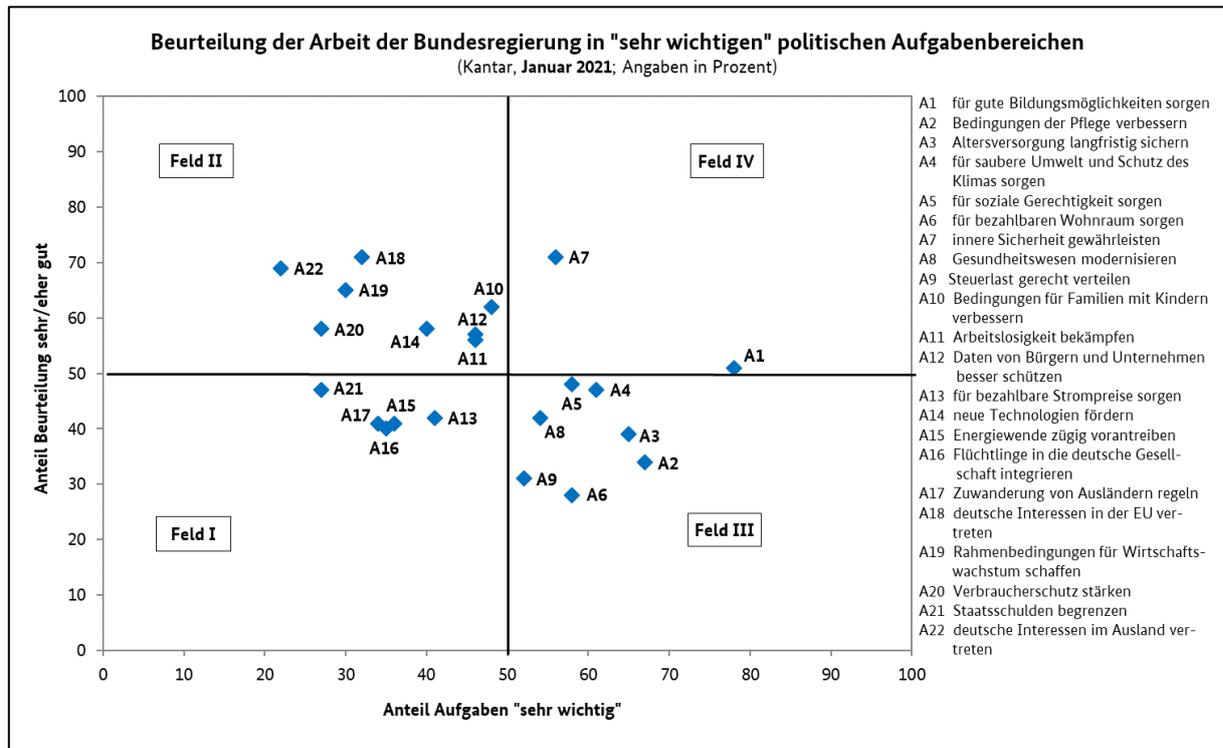
politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	71 (+2)	23 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	71 (+6)	26 (-3)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	69 (+3)	22 (-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	65 (-)	25 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	62 (-)	30 (-2)
Verbraucherschutz stärken	58 (-)	33 (-)
neue Technologien fördern	58 (+1)	34 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	57 (-2)	35 (+3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	56 (-4)	38 (+4)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	51 (-1)	44 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	48 (+4)	48 (-3)
Staatsschulden begrenzen	47 (+2)	45 (-1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	47 (-)	50 (+2)
für bezahlbare Strompreise sorgen	42 (-1)	47 (-2)
Gesundheitswesen modernisieren	42 (-5)	52 (+5)
Zuwanderung von Ausländern regeln	41 (+3)	53 (-1)
Energiewende zügig vorantreiben	41 (-1)	53 (+3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	40 (+3)	54 (-4)
Altersversorgung langfristig sichern	39 (+3)	55 (-3)
Bedingungen der Pflege verbessern	34 (+4)	61 (-4)
Steuerlast gerecht verteilen	31 (+3)	64 (-1)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	28 (-)	65 (-)
Erhebungszeitraum	13.-19.01.	

In lediglich 10 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in neun Bereichen mindestens von der Hälfte eher negativ beurteilt.

Im Vergleich zur letzten Erhebung im Dezember 2020 ist im Politikfeld "innere Sicherheit gewährleisten" der Anteil der Bundesbürger, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, um 6 Prozentpunkte gestiegen. Im Bereich "Gesundheitswesen modernisieren" verringert sich dagegen dieser Anteil um 5 Prozentpunkte.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in "sehr wichtigen" politischen Aufgabenbereichen im Januar 2021

Setzt man die sehr bzw. eher gute Beurteilung der Regierungsarbeit in einzelnen politischen Aufgabenbereichen ins Verhältnis zur Einschätzung dieser Aufgaben als „sehr wichtig“, so erhält man eine **Vier-Felder-Tafel**, aus der sich Stärken und Schwächen der Regierungsarbeit aus Sicht der Bundesbürger entnehmen lassen.



Im **Feld I** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, mit denen die Bundesbürger zwar bezogen auf die Regierungsarbeit nicht zufrieden sind, die jedoch auch nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ betrachtet werden.

Im **Feld II** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, in denen die Bundesbürger der Regierungspolitik zwar mehrheitlich eine gute Beurteilung aussprechen, die aber nur von weniger als der Hälfte der Deutschen als „sehr wichtig“ eingestuft werden. In diesem Feld liegen die meisten politischen Aufgabenbereiche.

Im **Feld III** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die von den Bundesbürgern mehrheitlich als „sehr wichtig“ betrachtet werden, in denen aber nur weniger als die Hälfte der Deutschen die Regierungsarbeit positiv beurteilt. Handlungsbedarf sehen die Bundesbürger somit vor allem im Aufgabenbereich "für bezahlbaren Wohnraum sorgen" (A6), bei der gerechten Verteilung der Steuerlast (A9), im Aufgabenbereich "Bedingungen der Pflege verbessern" (A2), bei der langfristigen Sicherung der Altersversorgung (A3), im Aufgabenbereich "Gesundheitswesen modernisieren" (A8), beim Umwelt- und Klimaschutz (A4) und im Aufgabenbereich "für soziale Gerechtigkeit sorgen" (A5). In diesem Monat liegen hier fast ebenso viele Aufgabenbereiche wie im Feld II.

Im **Feld IV** finden sich die politischen Aufgabenbereiche, die den Bundesbürgern mehrheitlich wichtig sind und bei denen sie auch die Regierungspolitik positiv beurteilen. In diesem Monat sind hier nur die Aufgabenbereiche "innere Sicherheit gewährleisten" (A7) und "für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen" (A1) vertreten.

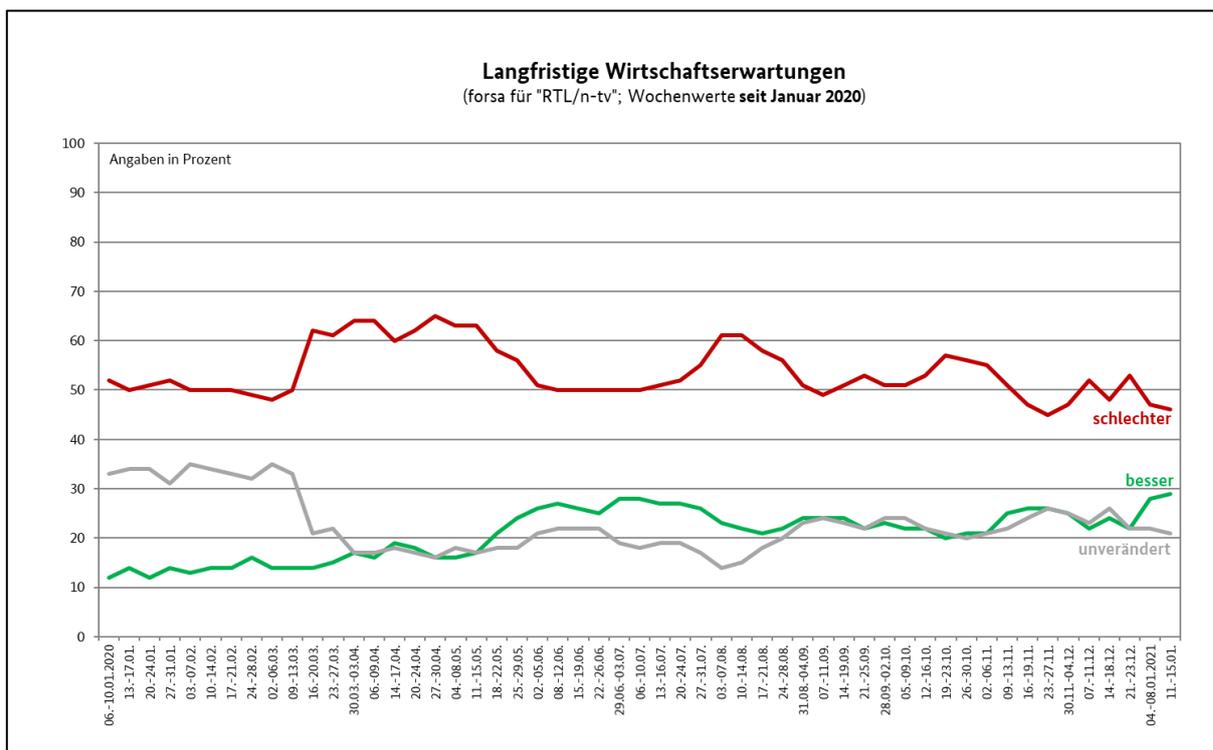
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	29	(+1)
schlechter	46	(-1)
unverändert	21	(-1)
Erhebungszeitraum	11.-15.01.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 17 (-2) Prozentpunkte deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



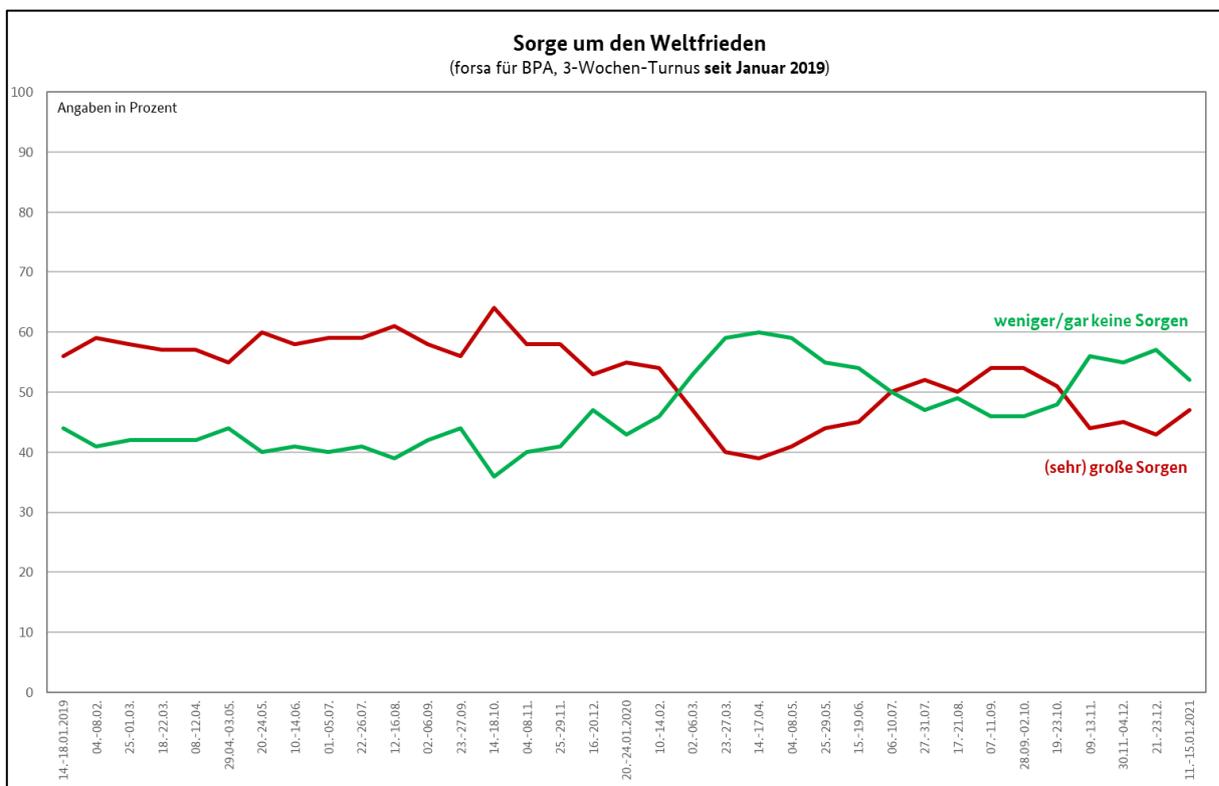
Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA	
sehr große	10	(+1)
große	37	(+3)
wenig	42	(-3)
keine	10	(-2)
Erhebungszeitraum	11.-15.01.	

Unter 30-Jährige (62 %) machen sich überdurchschnittlich oft wenig bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden. Männer sind seltener besorgt als Frauen (38 % zu 56 %).

Anhänger der Linkspartei (62 %) machen sich hingegen besonders oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden.



Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

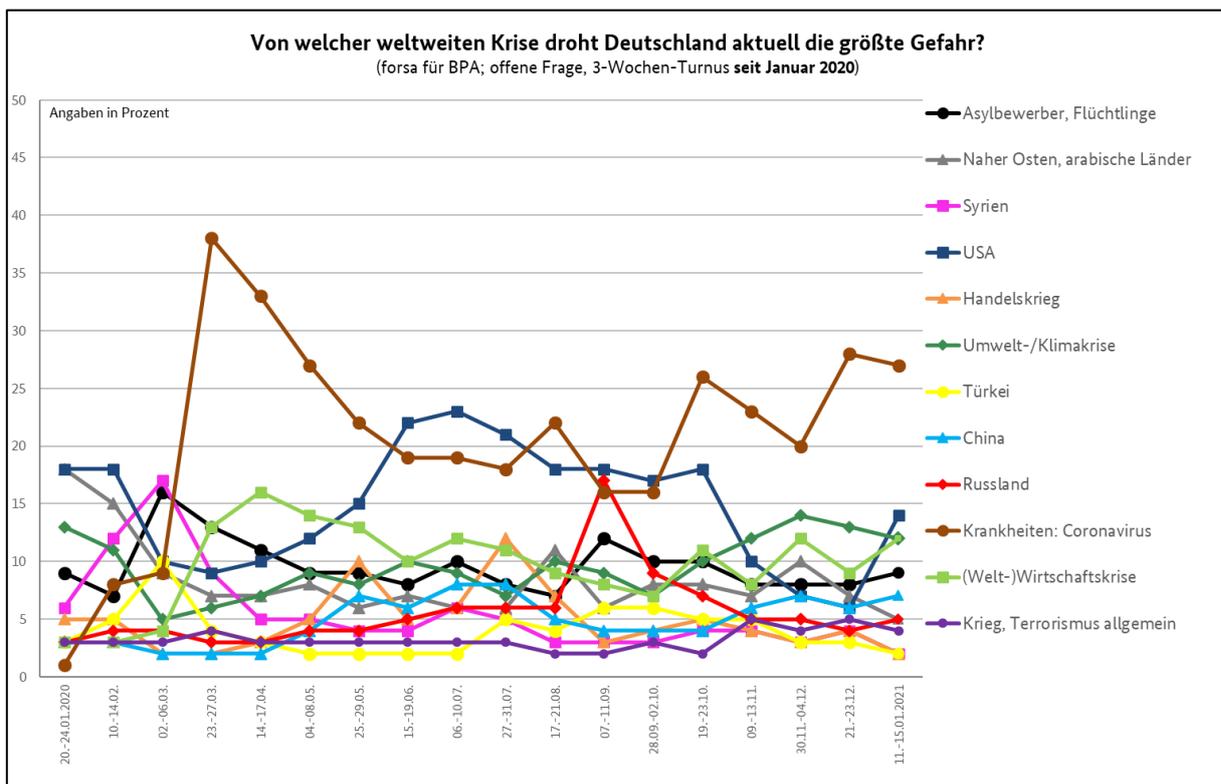
	forsa für BPA
Krankheiten: Coronavirus	27 (-1)
USA	14 (+8)
(Welt-)Wirtschaftskrise	12 (+3)
Umwelt-/Klimakrise	12 (-1)
Asylbewerber, Flüchtlinge	9 (+1)
China	7 (+1)
Naher Osten, arabische Länder	5 (-2)
Russland	5 (+1)
Erhebungszeitraum	11.-15.01.

Die Bundesbürger nehmen Krankheiten wie das Coronavirus am häufigsten als größte Gefahr für Deutschland wahr.

Im Vergleich zur letzten Erhebung sehen mehr Bürger die USA als größte Bedrohung (+8 Prozentpunkte).

Anhänger der FDP (25 %) nennen die (Welt-)Wirtschaftskrise überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle.

Anhänger der Grünen (23 %) erwähnen die Umwelt-/Klimakrise besonders oft als größte Gefahr.



Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

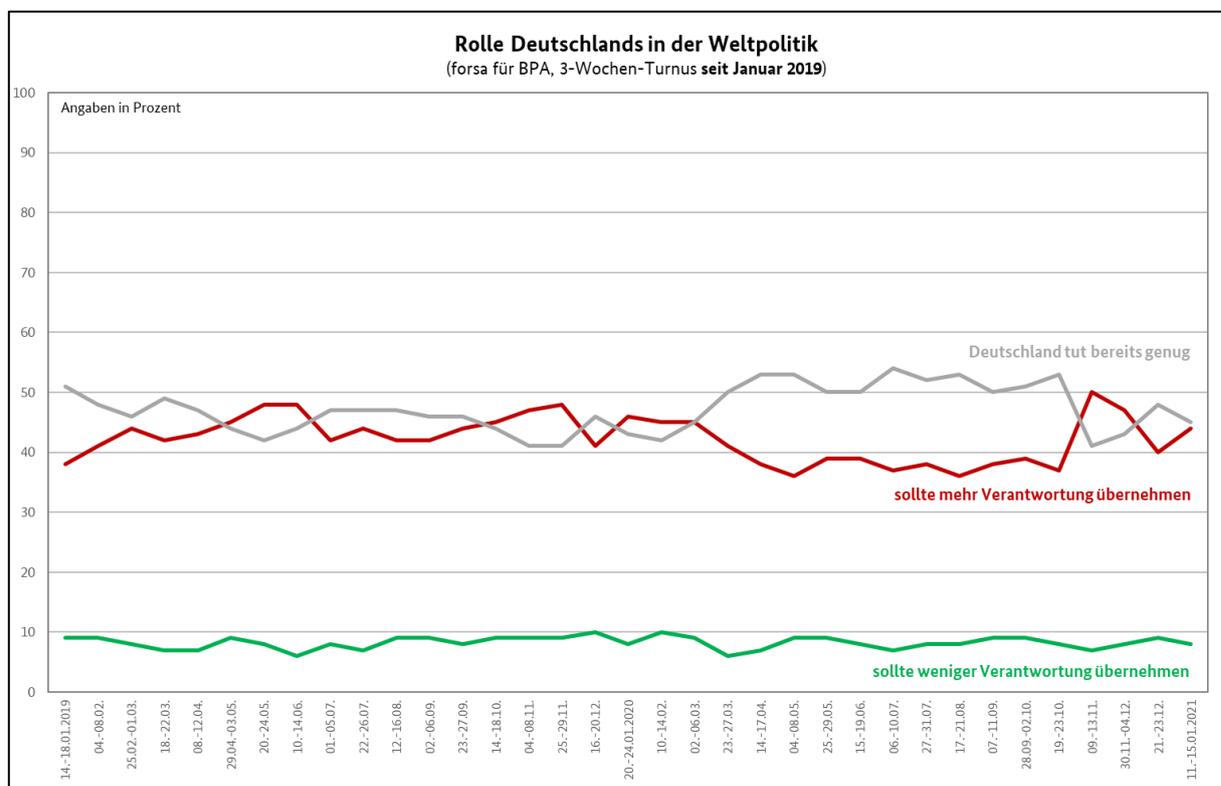
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA
sollte mehr Verantwortung übernehmen	44 (+4)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	8 (-1)
Deutschland tut bereits genug	45 (-3)
Erhebungszeitraum	11.-15.01.

Personen mit hoher formaler Bildung (50 %) sowie Anhänger der Linkspartei (66 %) und der Grünen (61 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind Anhänger der AfD (37 %) besonders oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung, Personen mit mittlerem Einkommen und Anhänger der Union (jeweils 52 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.



Rolle Deutschlands in der EU

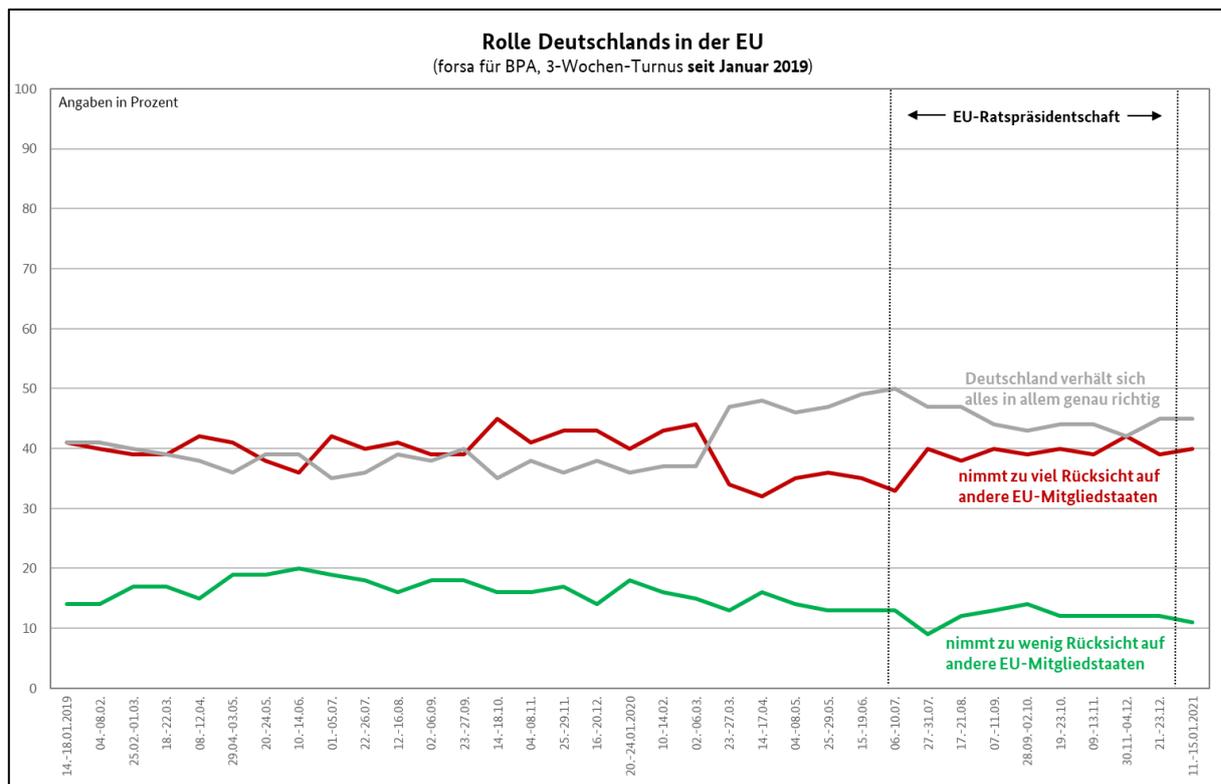
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 1

	forsa für BPA
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	40 (+1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	11 (-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	45 (-)
Erhebungszeitraum	11.-15.01.

Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (50 %) und 45- bis 59-Jährige (47 %) sowie Anhänger der FDP (58 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Unter 30-Jährige (55 %) und Personen mit hoher formaler Bildung (51 %) sowie Anhänger der Grünen (57 %) und der Union (53 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig.

Anhänger der AfD sind sowohl überdurchschnittlich oft der Ansicht, Deutschland nehme zu viel (71 %) als auch zu wenig (21 %) Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten. Lediglich 7 % der AfD-Anhänger meinen, Deutschland verhalte sich genau richtig.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	68 (-2)
USA: Präsident Trump, Wahl, Amtsenthebungsverfahren, Sturm aufs Kapitol	33 (-16)
Ausgangs- und Kontaktsperre	19 (+9)
CDU: Bundesparteitag	15 (+14)
Corona-Impfung	6 (-2)
Allgemeine Wirtschaftslage	5 (+2)
Erhebungszeitraum	18.-20.01.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Das Thema "USA: Präsident Trump, Wahl, Amtsenthebungsverfahren, Sturm aufs Kapitol" hat im Vergleich zur Vorwoche deutlich an Relevanz verloren. Anhänger der Grünen (51 %) und der Linkspartei (46 %) nennen es überdurchschnittlich häufig.

Unter 30-Jährige nennen die Ausgangs- und Kontaktsperre deutlich häufiger als über 60-Jährige (34 % zu 10 %).

Das Thema "CDU: Bundesparteitag" hat im Vergleich zur Vorwoche deutlich an Bedeutung gewonnen. Über 60-Jährige (21 %) und Anhänger der Union (22 %) erwähnen es überdurchschnittlich oft.

